

PROTOKOLL

Körperschaft:	Gemeinde Bad Zwischenahn		
Gremium	Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus		
Sitzung am:	Montag, 23.06.2014		
Sitzungsort:	Haus Brandstätter, Kuppelsaal, Am Brink 5		
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr	Sitzungsende:	20:45 Uhr

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Frank Martin CDU

Ausschussmitglieder

Herr Diethard Dehnert UWG
Herr Jochen Finke CDU
Herr Ralf Haake CDU
Herr Georg Köster GRÜNE
Herr Wolfgang Mickelat SPD
Herr Helmut Ohlert SPD
Herr Dr. Peter Wengelowski SPD
Herr Dr. Horst-Herbert Witt FDP

weitere hinzugezogene Personen

Herr Klaus Wolf Verein Bad Zwischenahner zu TOP 3.1
Woche e. V.

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling
Herr Rolf Oeljeschläger
Herr Martin Wichelmann
Frau Helga Buß als Protokollführerin
Frau Janna Renken als Protokollführerin

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung	3
2.	Genehmigung des Protokolls vom 02.12.2013 (Nr. 110)	3
3.	Bericht der Verwaltung	3
3.1.	Vorstellung der Bad Zwischenahner Woche 2014 Vorlage: BV/2014/094	3
3.2.	Beteiligung an der EWE Netz GmbH	4
3.3.	Bericht Nr. 01/2014 über die Umsetzung der Richtlinie über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen der Gemeinde Bad Zwischenahn	4
3.4.	Beratung des Haushaltsentwurfes 2015	6
3.5.	Bericht zum Stand der Haushaltsführung	7
3.6.	Bildung von Ermächtigungen (ehem. Haushaltsreste) aus dem Jahr 2013	8
3.7.	Kostenrechnung Straßenreinigung 2013	8
3.8.	Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben	9
3.9.	Jahresabschluss 2009	9
4.	Gründung des "BürgerBus Vereins Bad Zwischenahn e.V. hier: Anträge für einen einmaligen Investitionskostenzuschuss zur Anschaffung eines Busses und für einen jährlichen Betriebskostenzuschuss zur Unterhaltung des Fahrbetriebs Vorlage: BV/2014/091	10
5.	Breitbandausbau in Bad Zwischenahn - Landkreisinitiative Vorlage: BV/2014/092	10
6.	Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Gartenkulturzentrum Niedersachsen Park der Gärten gGmbH Vorlage: BV/2014/097	11
7.	Zwischenbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Zeitplanung zur Aufholung der Jahresabschlüsse Vorlage: BV/2014/098	12
8.	Anfragen und Hinweise	12
9.	Einwohnerfragestunde	12
9.1.	Hinterlassenschaften der Pferdegespanne auf den öffentlichen Straßen und Wegen	12

Nicht öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Dr. Martin eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn des Protokolls aufgeführt ist.

2 Genehmigung des Protokolls vom 02.12.2013 (Nr. 110)

Beschluss:

Das Protokoll vom 02.12.2013 (Nr. 110) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

3 Bericht der Verwaltung

3.1 Vorstellung der Bad Zwischenahner Woche 2014 Vorlage: BV/2014/094

AV Dr. Martin begrüßt den Vorsitzenden des Vereins Bad Zwischenahner Woche e. V., Herrn Klaus Wolf. Herr Wolf stellt das Programm der diesjährigen Bad Zwischenahner Woche vor und erläutert die Reiseroute der Radwerbefahrer.

BM Dr. Schilling bittet darum, dass die Zwischenahner Woche nicht mehr mit dem „Kinderfest“ werbe. Bei einem Kinderfest gehe man davon aus, dass die Attraktionen kostenlos seien. Da dieses nicht so ist, habe es schon Unmut gegeben.

Herr Wolf antwortet, dass in der Bad Zwischenahner Broschüre bereits eine andere Bezeichnung gefunden wurde. Den Internetauftritt werde er dahingehend noch prüfen lassen.

Auf verschiedene Anfragen von AM Dehnert antwortet FBL Oeljeschläger, dass es sogenannte „stille Hilfen“ des Baubetriebshofes gebe. Für die Bauhofsleistungen seien in 2013 rd. 20.000 € angefallen. In diesem Rahmen werde man sich auch 2014 bewegen. Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt 2014 eingeplant.

AM Dehnert stellt sich die Frage der Gewinnverwendung. Herr Wolf sagt, dass kaum Gewinne anfallen. Es habe bereits Jahre mit einem Überschuss von 5.000 €, jedoch auch mit einem Minus in ähnlicher Höhe gegeben. Die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer erhalten eine Aufwandsentschädigung, die jedoch gering sei.

AV Dr. Martin schlägt vor, dass die UWG, die GRÜNEN und der Verein Bad Zwischenahner Woche sich zu einem Gespräch zusammenfinden, um Missverständnisse über die Hö-

he des Ertrages und dessen Verwendung auszuräumen. In diesem Zusammenhang weist AV Dr. Martin darauf hin, dass er eine Mail als Ausschussvorsitzender von Frau Brinkmann bekommen habe. In der Mail wird eine bessere Zusammenarbeit mit dem Hotel- und Gaststättenverband angemahnt. Auch diese Fragen sollten in einem gemeinsamen Gespräch unter Moderation der Gemeinde erörtert werden.

Anmerkung der Protokollführerin:

Entsprechende Gespräche sind terminiert.

- 23/80 -

3.2 Beteiligung an der EWE Netz GmbH

Am 24.09.2013 hatte der Gemeinderat beschlossen, dass sich die Gemeinde über die „Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG“ an der EWE Netz GmbH beteiligt. Die Beteiligung war von der EWE in zwei Schritten geplant. Im ersten Schritt 2013 hat die EWE AG den Kommunen 4,9 % ihrer Anteile an der EWE Netz GmbH zum Kauf angeboten, im Jahr 2018 will sie weitere 20,2 % ihrer Anteile anbieten, so dass die Kommunen insgesamt 25,1 % der Anteile erwerben können.

Im Jahr 2013 haben wir den auf die Gemeinde entfallenden Anteil (4,9 %) in Höhe von 1.077.027,84 € erworben. Da ein Großteil der Kommunen ihren Anteil nicht erworben haben, hätten wir auch weitere Anteile bis zur Höhe des insgesamt (inklusive dem zweiten Schritt 2018) für die Gemeinde reservierten Anteils von 5.541.949,44 € erwerben können. Hiervon haben wir aber Abstand genommen.

Da viele Kommunen kritisiert haben, dass im vergangenen Jahr der Entscheidungszeitraum zu kurz gewesen sei, will die EWE nun in diesem Jahr allen bisher nicht beteiligten Kommunen das letztjährige Angebot noch mal unterbreiten. Gleichzeitig bietet die EWE den bereits beteiligten Kommunen an, ihre Anteile 2014 aufzustocken. Derzeit arbeitet die EWE an einem 2. Nachtrag zum Verkaufsprojekt, der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigt werden muss. Sobald diese Genehmigung vorliegt (voraussichtlich im August) will die EWE den Kommunen ein verbindliches Angebot übersenden.

Auf Anfrage des AM Dehnert teilt BM Dr. Schilling mit, dass die Verwaltung nicht vorschlagen werden, bereits vor 2018 weitere Anteile zu erwerben.

- 20 -

3.3 Bericht Nr. 01/2014 über die Umsetzung der Richtlinie über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen der Gemeinde Bad Zwischenahn

Für die Aufnahme und Umschuldung von Krediten ist der Bürgermeister zuständig. Der Rat gibt aber gemäß § 58 Abs. 1 Nr.15 NKomVG über eine Richtlinie den Rahmen vor. Eine entsprechende Richtlinie hat der Gemeinderat am 28.03.2006 beschlossen, dem WuFT ist in jeder Sitzung über die Ausführung der Richtlinie zu berichten. Wie in jedem Jahr fassen wir zum Abschluss des Jahres 2013 noch einmal alle Aufnahmen zusammen.

Haushaltsjahr 2013

Kreditmarkt

Neuaufnahmen

Es sind zwei Darlehen bei der KfW aufgenommen worden:

Für die im Haushaltsjahr 2012 veranschlagte 1. Rate der Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchtmittel haben wir ein Darlehen in Höhe von 271.000 € erhalten. Das Darlehen wird in gleichbleibenden Raten bis 2022 getilgt, die Zinsen betragen 0,66 %.

Für den Bau der Kinderkrippe in Petersfehn haben wir ein Darlehen in Höhe von 174.000 € erhalten. Das Darlehen wird in gleichbleibenden Raten bis 2023 getilgt, der Zinssatz beträgt 0,23 %.

Zinsanpassungen/Umschuldungen

Im vergangenen Jahr standen fünf Darlehen zur Umschuldung an:

Restschuld 929.515,73 € auf ursprünglich 1.585.004,83 €:

Für dieses Darlehen haben wir vor der Anpassung 3,868 % Zinsen bei 1,4 % Tilgung gezahlt. Das Darlehen wurde zu einem Zinssatz von 2,16 % bei 2,8 % Tilgung zur Hypo-Vereinsbank umgeschuldet.

Restschuld 816.663,00 € auf ursprünglich 1.000.000,00 €:

Dieses Darlehen haben wir bei der KfW für 10 Jahre verlängert zu einem Zinssatz von 1,69 %. Die Tilgung des Darlehens beträgt weiterhin halbjährlich 16.667,00 €. Der Zinssatz betrug vor der Anpassung 3,6 %.

Restschuld 327.421,46 € auf ursprünglich 400.000,00 €, Zinssatz vorher 3,80 %

Restschuld 991.205,92 € auf ursprünglich 1.278.229,70 €, Zinssatz vorher 5,17 %

Wir haben beide Darlehen zusammengefasst und eine Restschuld von 1.318.603,24 € auf ursprünglich 1.678.229,70 € bei 3,5 % Tilgung auf das Ursprungsdarlehen zzgl. ersparter Zinsen ausgeschrieben. Das günstigste Angebot hat die Bremer Landesbank mit einem Zinssatz von 2,53 % für die Restlaufzeit (16 Jahre) abgegeben.

Am 30.10. stand ein vom Eigenbetrieb Baubetriebshof übernommenes Darlehen der LzO mit einem Restkapital von 41.787,91 € zur Zinsanpassung an. Das Darlehen haben wir getilgt.

Liquiditätskredite

Die Liquiditätsentwicklung im vergangenen Jahr war sehr erfreulich. Es mussten ganzjährig keine Kassenkredite in Anspruch genommen werden. Für längerfristige Geldanlagen reichte der Bestand an Zahlungsmitteln aber nicht aus.

Gesamtentwicklung der Verschuldung der Gemeinde

Der Schuldenstand der Gemeinde zum 31.12.2013 betrug 28.419.589 €. Aufgenommen haben wir Darlehen in Höhe von 445.000 €, getilgt wurden Darlehen in Höhe von 1.733.459 €. Die Gemeinde hat sich also im Jahr 2013 um 1.288.459 € entschuldet.

Haushaltsjahr 2014

Kreditmarkt

Neuaufnahmen

Bislang haben wir keine Darlehen aufgenommen. Wir wollen aber in nächster Zeit weitere Anträge bei der KfW für die Aufnahme auf sehr zinsgünstige Darlehen stellen.

Zinsanpassungen/Umschuldungen

Restschuld 259.993 € auf ursprünglich 400.000 €:

Es handelt sich um ein KfW-Darlehen, welches wir zum 15.2. bei der KfW für 10 Jahre verlängert haben. Der Zinssatz beträgt 2,11 %, die Tilgung erfolgt weiterhin in halbjährlichen Raten von jeweils 6.667 €. Für das Darlehen haben wir vor der Zinsanpassung 4 % Zinsen gezahlt.

Restschuld 1.272.706,72 € auf ursprünglich 1.500.000,00 €:

Das Darlehen haben wir zum 28.5. für eine sechsjährige Zinsbindung zur LzO umgeschuldet. Der Zinssatz beträgt 1,19 % bei 3 % Tilgung auf das Ursprungsdarlehen. Der Zinssatz betrug vor der Anpassung 1,857 %.

In diesem Jahr steht noch eine weitere Zinsanpassung am 15.09. (Restschuld 786.001,99 € auf ursprünglich 1.533.875,60 €) an.

Kreditaufnahme bei der KBG

Zur Finanzierung der Liegenschaftsübernahme von der KBG haben wir in Höhe des Nettokaufpreises von 1.712.421 € ein Darlehen bei der KBG aufgenommen. Der Zinssatz beträgt 3 % für die gesamte Laufzeit.

Kreditaufnahme bei der Erich-Bruns-Stiftung

Zur Finanzierung des Kaufpreises für die EWE-Beteiligung nehmen wir bei der Erich-Bruns-Stiftung in diesem Jahr ein Darlehen von insgesamt 230.000 € auf. Die Stiftungsmittel sind gegenwärtig noch auf verschiedenen Sparkonten angelegt. Die freiwerdenden Mittel gehen bei Fälligkeit an die Gemeinde. Bisher haben wir einen Betrag von 35.171,84 € erhalten. Die Mittel sind entsprechend der Laufzeit der EWE-Beteiligung 2028 zur Rückzahlung fällig. Wir geben die Zinseinnahmen aus der EWE-Beteiligung anteilig an die Erich-Bruns-Stiftung weiter.

Auf Anfrage des AM Mickelat erläutert BM Dr. Schilling, dass der Schuldenstand zum 31.12.2013 in Höhe von 28.429.589 € eine Stichtagsbetrachtung sei. Zur Finanzierung der 2013 gebildeten Ermächtigungen sei die Liquidität gegeben.

AM Haake und AV Dr. Martin bitten, dass künftig in den Bericht die Restlaufzeiten mit aufgenommen werden.

- 20 -

3.4 Beratung des Haushaltsentwurfes 2015

Für die Beratung des Haushaltsentwurfes 2015 sind folgende Termine vorgesehen:
WuFT: Montag, 06.10.2014, WuFT: Montag 01.12.2014
VA: Dienstag, 09.12.2014, Rat: Dienstag, 16.12.2014

- 20 -

3.5 Bericht zum Stand der Haushaltsführung

Kurbeitrag

Die geringen Einnahmen aus dem Kurbeitrag resultieren aus einer zeitlichen Verschiebung. In den Vorjahren hatte es bis zum 31. Mai jeweils bereits eine Abrechnung der Kurbeitrags-einnahmen mit der BTG gegeben, in diesem Jahr steht diese noch aus. Die Zahlen beinhalten daher bisher nur die Einnahmen aus dem Jahreskurbeitrag, der direkt von der Gemeindeverwaltung erhoben wird.

Gewerbesteuer

Die Einnahmen entwickeln sich planmäßig, liegen aber rd. 900.000 € unter dem Stand des Vorjahres. Gegenwärtig bewegt sich das Einnahmesoll für das Gesamtjahr 2014 auf Höhe des Haushaltsansatzes von 7 Mio. €. Da im vergangenen Jahr ein Jahresergebnis von rd. 8 Mio. € erzielt wurde, ist gegenwärtig zu erwarten, dass das derzeitige Einnahmeminus gegenüber dem Vorjahr bestehen bleibt, aber nicht weiter anwächst.

Einkommensteuer

Die Zahlungstermine für die Einkommensteuer (die uns das Land überweist) liegen erst sehr spät im Jahr, sie erfolgen zum 1. Mai, 1. August, 1. November und 20. Dezember eines Jahres. Wir haben bis zum 31.05. also eine (sehr gut ausgefallene) Zahlung erhalten.

Schlüsselzuweisung

Die negative Entwicklung im Vergleich zu den Planwerten ist darauf zurückzuführen, dass das Land in diesem Jahr die gesetzlich für den April eines Jahres vorgesehene Abrechnung des Finanzausgleiches noch nicht vorgenommen hat. Daher haben wir bisher Zahlungen auf der Grundlage der niedrigeren Schlüsselzuweisung aus dem Vorjahr erhalten. Die Abrechnung wird nun im Juni stattfinden. Gegenüber dem Haushaltsansatz enthält sie für uns Mehreinnahmen in Höhe von 116.000 €.

Personalausgaben

Trotz allgemeiner Personalkostensteigerungen bewegen sich die Personalausgaben bislang auf Vorjahresniveau, weil die in den Vorjahreszahlen enthaltenen Personalausgaben für den kommunalen Kindergarten Petersfehn seit Mitte des vergangenen Jahres weggefallen sind. Die inzwischen beschlossenen Tariferhöhungen sind ebenfalls noch nicht in die Zahlen eingeflossen. Es ist fraglich, ob der Haushaltsansatz ausreichen wird.

Heizkosten

Im Vergleich zum Vorjahr wurden bisher 129.000 € weniger ausgegeben. Im vergangenen Jahr mussten wir zu Beginn des Jahres größere Nachzahlungen leisten, während in diesem Jahr, aufgrund des milden Winters, die Heizkosten gesunken sind.

Zuschüsse an KiTa

Durch die Auflösung des kommunalen Kindergartens Petersfehn sind die Zuschüsse an den kirchlichen Kindergarten gestiegen. Da in der Vergangenheit die Zahlungen für den kommunalen Kindergarten nicht unter dieser Position, sondern unter Personalausgaben und Sachkosten geleistet wurden, sind die Ausgaben bei den Zuschüssen gestiegen.

Kreisumlage

Die Position korrespondiert mit der Schlüsselzuweisung. Da der Kreis die Kreisumlage erst nach Abrechnung der Schlüsselzuweisungen erstellen kann, mussten wir bisher Zahlungen auf Grundlage der „günstigeren“ Vorjahreskreisumlage leisten. Durch die erhöhten Schlüs-

selzuweisungen werden auch die Kreisumlagezahlungen steigen und den Haushaltsansatz um ca. 35.000 € übersteigen.

Sonstige Erträge und sonstige Aufwendungen

Es handelt sich jeweils um die verbleibenden „Restpositionen“ des Haushalts, die aus einer Vielzahl kleiner Einzelpositionen bestehen, die sich im Rahmen eines zentralen Finanzcontrollings nicht detailliert planen lassen. Diese Positionen werden in der Planung gleichmäßig über 12 Monate verteilt.

Gesamtzahlen

Insgesamt bewegen sich Erträge und Aufwendungen im Rahmen der Jahresplanung. Größere Abweichungen zum Haushaltsplan sind bisher nicht auszumachen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Abweichungen bei einzelnen Positionen größer. In der Summe gleichen sich aber auch diese in etwa aus.

AL Wichelmann erläutert die vorgelegten Zahlen. Dass die BTG mit der Abführung der Kurbeiträge im Rückstand sei, liege an der noch nicht abgeschlossenen Steuerprüfung.

AM Mickelat weist darauf hin, dass der Anstieg der Zuschüsse an den kirchlichen Kindergarten Petersfehn nicht durch eine Kostensteigerung entstanden sei, sondern eine Auswirkung aus der Schließung der kommunalen Kita.

- 20 -

3.6 Bildung von Ermächtigungen (ehem. Haushaltsreste) aus dem Jahr 2013

Im Rahmen der Jahresrechnung ist festzustellen, welche Ermächtigungen gem. § 20 GemHKVO gebildet und in das Jahr 2014 übertragen werden. Die Jahresabschlussarbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Um über die Mittel verfügen zu können, wurden jedoch bereits einige Ermächtigungen gebildet.

Eine Bildung von Ermächtigungen kommt nur dann in Frage, wenn die Finanzierung aus dem Haushaltsjahr 2013 möglich ist. Neben der Finanzierbarkeit muss die Bildung auch sinnvoll sein. Neben den budgetierten Bereichen sind dies in erster Linie bereits begonnene Investitionsmaßnahmen, die sonst neu veranschlagt werden müssten.

Finanziert werden Ermächtigungen über den im Haushaltsvollzug eingetretenen Einnahmeüberschuss.

Im Finanzhaushalt wurden Ermächtigungen in Höhe von 1.705.291,98 € und im Ergebnishaushalt von 130.856,80 € gebildet.

- 20 -

3.7 Kostenrechnung Straßenreinigung 2013

Die Kostenrechnung für die Straßenreinigung 2013 ist den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gegeben worden. Die Straßenreinigung wurde 2012 neu ausgeschrieben und kalkuliert. Die Gebühren betragen seitdem für die wöchentliche Reinigung 1,49 €/m und für die 14-tägige Reinigung 0,87 €.

Die Kostenrechnung 2013 weist eine Unterdeckung in Höhe von 405,58 € auf. Gemäß dem Nds. Kommunalabgabengesetz (NKAG) sind Gebührenunterdeckungen innerhalb der nächsten drei Jahre auszugleichen.

Die geringe Unterdeckung 2013 wird in eine Gebührenaussgleichsrücklage eingestellt und in die nächste Gebührenkalkulation einfließen (voraussichtlich zum Jahr 2015). Der Gesamtbestand der Gebührenaussgleichsrücklage beträgt derzeit 1.610,52 € (2011: Unterdeckung in Höhe von 2.989,46 €, 2012: Überdeckung in Höhe von 5.005,56 €, 2013: Unterdeckung in Höhe von 405,58 €).

- 20 -

3.8 Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben

In der Hauptsatzung ist geregelt, dass der Bürgermeister für über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zur Höhe von 10.000,00 € zuständig ist. Bis zur Änderung der Satzung im Jahr 2011 lagen die Wertgrenzen bei 5.000,00 € für überplanmäßige und 2.500,00 € für außerplanmäßige Ausgaben. Seither berichten wir über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fallen, aber die früheren Wertgrenzen überschreiten.

2013

Für Lizenzgebühren zur papierlosen Gremienarbeit wurden außerplanmäßig 5.400,00 € benötigt. Der Betrag konnte durch Minderausgaben bei den Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über 150 € bis 1.000 € (Sammelposten) gedeckt werden.

- 20 -

3.9 Jahresabschluss 2009

Die Jahresabschlussarbeiten für das Jahr 2009 stehen unmittelbar vor ihrem Abschluss. Gegenwärtig sind noch im Bereich der Forderungen und Verbindlichkeiten Überarbeitungen notwendig und die Abstimmung zwischen Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Bilanz noch abzuschließen. Die dem Ausschuss vorgelegten Zahlen werden sich daher noch geringfügig verändern. Insbesondere die Erträge dürften noch um 100.000 € bis 200.000 € sinken.

Im endgültigen Ergebnis werden also Mehrerträge von rd. 1,3 Mio. € zu verzeichnen sein, die vor allem auf die Gewerbesteuer (+ 800.000 €) zurückzuführen sind. Die Mehraufwendungen von rd. 100.000 € resultieren aus Rückstellungsbuchungen insbesondere für die Kreisumlage, da wir im Abschluss 2009 die Rückstellung für die Kreisumlage um rd. 400.000 € heraufgesetzt haben. An den gegenüber dem Ansatz um rd. 700.000 € gesunkenen laufenden Auszahlungen ist abzulesen, dass es bei den „monetären Aufwendungen“ keine Überschreitung der Haushaltsmittel gegeben hat.

Die hohen Abschlusszahlen bei den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen sind durch den ersten doppischen Abschluss bedingt. Eine Rechnung, die wir Anfang eines Jahres erhalten, aber eine Leistung aus dem Vorjahr beinhaltet, buchen wir als ordentlichen Aufwand in das vergangene Jahr. Im Jahr 2009 war das aber nicht möglich, da diese Rechnungen nach dem alten kameralen Recht nicht im Jahr 2008 gebucht werden konnten. Stattdessen mussten wir für das Jahr 2009 periodenfremde Buchungen vornehmen. Die außerordentlichen Aufwendungen 2009 sind bis auf 20.000 € ausschließlich perioden-

fremde Buchungen, die außerordentlichen Erträge enthalten periodenfremde Erträge von rd. 560.000 €.

Im Ergebnis konnte 2009 ein Überschuss von ca. 4,3 bis 4,4 Mio. € erzielt werden, der in der Bilanz der Nettoposition zugeführt wird.

AM Mickelat teilt mit, dass der Landkreis Ammerland seine Pensionsrückstellungen neu berechnet habe. Er fragt, ob dies für die Gemeinde auch noch erfolge.

Anmerkung der Protokollführerin:

Der Landkreis Ammerland hatte in der Eröffnungsbilanz die Pensionsrückstellungen nach Teilwerten berechnet. Jetzt hat der Kreis neu nach Barwerten berechnet und die Eröffnungsbilanz entsprechend geändert. Die Gemeinde Bad Zwischenahn hat von vornherein die Barwerte berücksichtigt.

- 20 -

**4 Gründung des "BürgerBus Vereins Bad Zwischenahn e.V.
hier: Anträge für einen einmaligen Investitionskostenzuschuss zur Anschaffung eines Busses und für einen jährlichen Betriebskostenzuschuss zur Unterhaltung des Fahrbetriebs
Vorlage: BV/2014/091**

Die Beschlussvorlage wird erläutert.

Beschlussvorschlag:

Den Anträgen des Vereins „BürgerBus Bad Zwischenahn e. V.“ vom 24.03.2013 wird zugestimmt. Der Verein erhält einen Zuschuss in Höhe von 10.000,00 € für die Anschaffung eines Niederflurbusses sowie vorbehaltlich der Haushaltsmittel jährlich einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 10.000,00 € für die Unterhaltung des Busbetriebs. Je nach Aufnahme des Linienbetriebs in 2014 ist der Betriebskostenzuschuss anteilig zu zahlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	-

- 23/80 -

**5 Breitbandausbau in Bad Zwischenahn - Landkreisinitiative
Vorlage: BV/2014/092**

Alle Fraktionen stehen dem Breitbandausbau positiv gegenüber.

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Bad Zwischenahn erklärt sich bereit, gemeinsam mit dem Landkreis Ammerland und den übrigen Ammerländer Kommunen die noch zu ermittelnde Wirtschaftlichkeitslücke für einen nahezu flächendeckenden Ausbau der NGA-Breitbandversorgung im Ammerland durch kommunale Fördermaßnahmen entsprechend der „Rahmenregelung der Bundesregierung zur Unterstützung des Aufbaus ei-

ner flächendeckenden Next Generation Access (NGA)-Breitbandversorgung“ zu schließen.

2. Für diesen Ausbau einer nahezu flächendeckenden NGA-Breitbandversorgung im Landkreis Ammerland wird eine Wirtschaftlichkeitslücke bis zu einer Gesamthöhe von 4,5 Mio. € erwartet, die hälftig vom Landkreis Ammerland und hälftig von den Ammerländer Gemeinden geschlossen werden soll.

Für die Jahre 2015, 2016 und 2017 werden hierfür im Haushalt der Gemeinde Bad Zwischenahn eigene Aufwendungen in Höhe von jeweils 230.000,00 Euro als außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen beschlossen.

3. Um rechts- und planungssichere Ausschreibungsunterlagen zur Ermittlung der Wirtschaftlichkeitslücke zu erhalten, ist es erforderlich, einen externen Berater mit der Erstellung einer Strukturplanung zu beauftragen. Der Auftrag wird durch die Kreisverwaltung erteilt.

Die Gemeinde erstattet dem Landkreis Ammerland im Haushaltsjahr 2014 hierfür anteilige Kosten in Höhe von 12.500,00 €.

4. Darüber hinaus werden den Bürgerinnen und Bürgern der Ortschaften Dänikhorst und Ohrwege im Haushaltsjahr 2014 bisher geleistete Kostenbeteiligungen in Höhe von ca. 25.000,00 € erstattet.

Für die genannten Erstattungsbeträge in Höhe von insgesamt 37.500,00 € stehen entsprechende Haushaltsreste aus Vorjahren zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 20, 23/80 -

6 Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Gartenkulturzentrum Niedersachsen Park der Gärten gGmbH
Vorlage: BV/2014/097

Die Beschlussvorlage wird erläutert.

AM Dr. Witt ist der Auffassung, dass der Park der Gärten grundsätzlich weiterhin Unterstützung verdiene. Es müsse jedoch darauf geachtet werden, dass die Gesellschaftsanteile an den Geldfluss angepasst werden.

Beschlussvorschlag:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung des Gartenkulturzentrum Niedersachsen Park der Gärten gGmbH wird angewiesen, für folgenden Beschluss zu stimmen:

1. Die Zuschüsse an den Park der Gärten betragen ab dem Jahr 2015 jährlich

Landwirtschaftskammer Niedersachsen	208.000 €
Gemeinde Bad Zwischenahn	105.000 €
Landkreis Ammerland	55.000 €
Fördergesellschaft Landesgartenschauen Niedersachsen	32.000 €

2. Die Höhe der Gesellschaftsanteile werden entsprechend der Höhe der geänderten Zu-

schusszahlungen zum 01.01.2015 angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: -
Stimmenthaltungen: 1

- 20 -

**7 Zwischenbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Zeitplanung zur Aufholung der Jahresabschlüsse
Vorlage: BV/2014/098**

Beschlussvorschlag:

Der Zwischenbericht 2014 des Rechnungsprüfungsamtes über die Zeitplanung zur Aufholung der Jahresabschlüsse der Gemeinde Bad Zwischenahn wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 20 -

8 Anfragen und Hinweise

Keine.

9 Einwohnerfragestunde

9.1 Hinterlassenschaften der Pferdegespanne auf den öffentlichen Straßen und Wegen

Ein Einwohner trägt vor, dass das Pferdegespann des Rundfahrten anbietenden Familienbetriebes nun wieder verstärkt durch den Ort fahre. Die Hinterlassenschaften der Pferde stellen für Radfahrer zum Teil ein Problem dar.

BM Dr. Schilling sagt, dass die Fahrerin des Pferdegespanns die Pferdeäpfel nicht unterwegs einsammeln könne, da sie das Gespann nicht führerlos lassen dürfe.

- 32, 66 -

An dieser Stelle macht der WuFT eine 10-minütige Pause (19:00 bis 19:10 Uhr).

Nicht öffentlicher Teil

AV Dr. Martin schließt die Sitzung.

Dr. Martin
Ausschussvorsitzender

Oeljeschläger
Fachbereichsleiter

Buß
Protokollführerin

